

Rheingauer Anzeiger.

80. Jahrgang.

Amtliches

für den westlichen Teil

umfassend die

Stadt- und Landgemeinden



Kreis-Blatt

Fernsprech-Anschluß Nr. 9

des Rheingau-Kreises.

des vorm. Amtsbezirks
Rüdesheim am Rhein.

Anzeigenpreis:

die kleinste (Petit) Zeile
ab. deren Raum 40 Pfg.
Geschäftl. Anzeigen aus
Rüdesheim 32 Pfg.
Ankündigungen vor und
hinter d. redaktionellen
Teil die Petitzelle oder
deren Raum 80 Pfg.
Beide Preise bis auf
weiteres mit 25%
Teuerungszuschlag.

Bezugspreis: viertel-
jährlich M. 6.—, in
der Geschäftsstelle ab-
ge. oft M. 5.80; durch
die Post bezogen viertel-
jährlich M. 6.— ohne
Bestellgeld.

**Einzige amtliche
Rüdesheimer Zeitung.**

Nr 135

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Samstag, 13. Novbr.

Verlag der Buch- und Steinbrucker
Blacher & Metz, Rüdesheim a. Rh.

1920.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadtbehörden.

Bekanntmachung.

Wir weisen hiermit nochmals auf unsere Bekanntmachung vom 19. März 1920 hin, wonach das Hand- und Fußballspielen innerhalb des Ortsbereichs, wegen der für Vorübergehende damit verbundenen Verletzungsgefahr und wegen der Möglichkeit, daß den Einwohnern auch empfindlicher Sachschaden entstehen kann, aufs strengste untersagt ist.

Derartige Spiele sind auf den hierfür eigens geschaffenen Spielplatz zu verlegen.

Da das Hand- und Fußballspielen, insbesondere durch Kinder, in dem hiesigen Ortsbereich einen großen Umfang angenommen hat, werden wir in Zukunft bei jeder Zuwiderhandlung — bei Kindern deren Eltern — eine höhere Polizeistrafe festsetzen.

Die Polizeibeamten haben strenge Anweisung erhalten, jede Zuwiderhandlung der vorgedachten Art zur Anzeige zu bringen.

Für den angerichteten Schaden wird der Zuwiderhandelnde — bei Kindern deren Eltern — haftbar gemacht.

Rüdesheim a. Rh., den 9. Novbr. 1920

Die Polizeiverwaltung:

Reumann.

Bekanntmachung.

Das Sprunggeld für den Ziegenbock wird ab 1. November 1920 wie folgt festgesetzt:

für einheimische Ziegen auf 3 Mark,
für auswärtige auf 10 Mark.

Rüdesheim a. Rh., den 10. Nov. 1920.

Der Magistrat:

Reumann.

Deutscher Reichstag.

Die Lage in den besetzten Gebieten.

Der Abg. Korkel-Rieder-Jagelheim führte aus: Nach Art und Sinne sei das Rheinland ein deutscher Stamm. Dazu komme der gesunde demokratische Sinn, der vielleicht einige französische Ornamente aufgenommen habe, aber in seinem Kern echt deutscher Art entspreche. Das Rheinland wolle sich nicht in dem billigen Ruhm der Verfolgung sonnen und verwehre sich gegen falschen Nationalismus. Es sträube sich aber gegen den Gedanken, 15 Jahre lang gewissermaßen als Kolonialland betrachtet zu werden, im Austausch für mesopotamische Gebiete. Der Redner schildert die Kosten der Befahrung. An der Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Frankreich habe auch das Rheinland Interesse, nicht aber in einseitiger Weise zu Frankreichs Gunsten. Der Ungewißheit, ob sich unser Schicksal in 15 Jahren endgültig entscheiden wird, müsse ein Ende gemacht werden.

Die Stellung der Regierung.

Reichsminister Koch: Wenn sich uns in dem trüben Bilde ein Lichtblick biete, ist es der, daß sowohl im Rheinland wie hier im Hause das nationale Bewußtsein in dieser Frage sich gehoben hat. Uebertreibungen seien in dieser Frage vom Uebel, damit arbeite man nur dem alten Gegner in die Hand. Die Kosten der Befahrung seien allerdings ungeheuerlich. Die Kosten dürften insgesamt 27 Milliarden jährlich betragen und verhindern, daß wir für die Wiedergutmachung noch Mittel freibekommen. Die Rheinlande sind nicht unterworfenes Land, behalten

vielmehr ihre deutsche Nationalität. Wer aber die Hoffnung auf eine Verständigung nicht aufgeben will, der muß mit lauter Stimme reden, damit den Andern die Augen geöffnet werden. Keine Macht der Welt kann die deutsche Regierung zwingen, die Rheinlande aufzugeben.

Wir wollen den Friedensvertrag halten.

erwarten aber auch vom Verband die Innehaltung der übernommenen Verpflichtungen. Der Redner protestiert daher gegen Millerands Ansicht, als laufe die Befahrungsfrist im Rheinland erst vom Tage der Erfüllung unserer Verpflichtungen an. Erfreulich sei es, daß die Bevölkerung der Rheinlande so fest in der Betonung ihres Deutschtums dastehe. Wir fördern den deutschen Gedanken am besten durch Unterstützung von Kunst und Wissenschaft, Sport und Geistesleben.

Sollmann (Soz.): Das Deutschtum am Rhein war niemals fester als jetzt. Wir sprechen den Vätern des Versailler Friedens überhaupt das Recht ab, das Wort „Freiheit“ in den Mund zu nehmen. (Beifall.) Man muß unterscheiden zwischen den Bestrebungen im Rheinland, die auf eine größere Selbständigkeit innerhalb des Reichs hinarbeiten, und zwischen den Postrennungsabsichten vom Reich. Die paar Separatisten haben gar keinen Anhang und genießen die allgemeine Verachtung der Bevölkerung.

Moldenhauer (Deutsche Volksp.): Das „Echo de Paris“ stellt im Anschluß an eine Rede Millerands fest, daß die Rheinlande Frankreich auf unbeschränkte Zeit anvertraut seien. Das steht im schroffen Widerspruch zu dem Friedensvertrag.

Niemals war der Rhein eine Grenze.

Auf beiden Ufern, von der Quelle bis zur Mündung sitzen germanische Stämme. Niemand, abgesehen von ein paar Schurken, die es überall gibt, denkt bei uns an Postrennung vom Reich. Deutsche Eigenart und deutsche Kultur wollen wir am Rhein pflegen.

Das große Problem.

Die Einigung in der Sozialisierungsfrage.

Essen. — Zur selben Zeit, wo in Berlin blinder Kapitalismus weniger Gewaltpolitiker die schwankenden Grundlagen unserer Wirtschaft noch weiter zu unterwühlen am Werk ist, haben sich in Rheinland-Westfalen Arbeiter und Arbeitgeber über die schwierigste Frage der deutschen Wirtschaftspolitik, die Sozialisierung, scheinbar in weitgehendem Maße geeinigt. Man hat es bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft schon einmal erlebt, wie schnell die wirtschaftlichen Führer der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich über die grundlegenden und schwierigsten Interessensgegenstände zu einigen wissen, wenn ihnen das Feuer auf den Nägeln brennt. Auch in der Sozialisierungsfrage sind nimmermehr wohl die führenden Geister in beiden Lagern zu der Erkenntnis gekommen, daß man sich über die Grundzüge einer Sozialisierung in irgend einer Form mit einander verständigen muß, damit diese den Wirtschaftsfrieden dauernd gefährdende Streitfrage für einige Zeit aus dem Brennpunkt der Politik entfernt werden kann. Drei Unternehmerführer, darunter Einnes selbst, und drei Bergarbeiterführer haben deshalb, wie berichtet wird, als Unterauschuß des Reichswirtschaftsrats einen Weg zur Sozialisierung gefunden, auf dem man zusammenzukommen hofft.

Die Vorschläge erstreben einerseits organisierte Verteilung der Kohlen durch Zusammenwirken von produzierenden Arbeitgebern, produzierenden Arbeitnehmern, Verbrauchern und staatlichen Kontrollinstanzen, andererseits aber auch Be-

teiligung der Arbeiter am Betriebsgewinn der Kohlenproduktion. Diese letzte Frage scheint sich also auch in Deutschland in gleichlaufender Richtung wie in England zu entwickeln.

Das andere Grundproblem, das bei der Sozialisierung des Kohlenbergbaus gelöst werden muß, ist die Aufbringung der ungeheuren Betriebskapitalien, deren der Kohlenbergbau in den nächsten Jahren zur Instandsetzung und Erweiterung seiner vielfach abgemehrten und ungenügenden Produktionsanlagen bedürfen wird. Hier scheint es Stinnes gelungen zu sein, die Bergarbeiterführer davon zu überzeugen, daß der Staat heute in Deutschland am allerwenigsten in der Lage wäre, die erforderlichen vielen Milliarden für diesen Zweck aufzubringen. Die Großindustrie selbst hat ja in den letzten Monaten durch gewaltige Zusammenlegungen und Gründung von Interessengemeinschaften wichtige Vorarbeit für die Deckung des kommenden riesigen Kapitalbedarfs geleistet. Die verarbeitende kohlenverbrauchende Industrie und die Großbanken haben sich mit der Montanindustrie zur Aufbringung des notwendigen Kapitals verbunden. Was auf diesem Gebiete in den letzten Wochen geschaffen oder wenigstens eingeleitet worden ist, beweist, daß der Führergeist, den wir für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nun einmal nicht entbehren können, in unserer Industrie noch immer am Werke ist, und sich so schnell nicht entthronen läßt. Ueber die Einzelheiten des Einigungsprogramms wird sich natürlich noch vieles reden lassen. Aber wenn sich Geist und Kraft verbinden und beide von dem Willen befeuert sind, die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken, dann wird der richtige Weg auch gefunden werden. Es muß uns mit Befriedigung erfüllen, daß neben den zerstörenden Kräften, die im Berliner Elektrizitätsstreik wieder am verderblichen Werk sind, doch auch die aufbauenden Kräfte in Deutschland nicht länger die Hände müßig in den Schößen legen. Der Geist, der alles verneint und zerstört, kann nur durch die aufbauende Tat überwunden werden.

Die wilden Streiks unter Strafe gestellt.

Berlin. — Infolge des Ueberhandnehmens der wilden Streiks, die zu schweren Schädigungen des Wirtschaftslebens führen, wird der Reichspräsident aufgrund des Artikels 48 der Verfassung eine Verordnung erlassen, durch die bei Strafe verboten wird, in Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser oder Elektrizität versorgen oder für die Bevölkerung und das Wirtschaftsleben von lebenswichtigem Interesse sind, in einen Streik einzutreten, ohne daß ein Schlichtungsverfahren unter Hinzuziehung der Behörden vorhergegangen ist.

Außerdem hat der Reichsminister des Innern durch diese Verordnung das Recht, bei solchen wilden Streiks die davon betroffenen Betriebe weiter zu führen und durch das Eingreifen von Truppen und Sicherheitswehr für deren Schutz zu sorgen.

Diese Maßnahme der Regierung bedeutet ein energisches und entschlossenes Eingreifen in die bisherige Art der Streikbewegung. Obwohl diese Maßnahme sich nicht gegen die vernünftige Arbeiterschaft richtet, sondern lediglich dem Schutz der Bevölkerung gegen schwere Schädigungen dient, dürfte sie bei den vorherrschenden Verblendung der deutschen Arbeiterschaft viel Staub aufwirbeln. Es ist zu erwarten, daß die radikalen Arbeitermassen sich gegen dieses Vorgehen der Regierung mit allen Mitteln zur Wehr setzen werden.

Wie nötig die neue Reichsverordnung war, beweisen folgende Nachrichten aus der Reichshauptstadt:

13. Berlin, 10. Nov. Kommunistische Arbeitergruppen versuchten an verschiedenen Stellen der Stadt, in die Betriebe einzudringen und die Arbeiter an der Arbeit zu verhindern, um die Betriebe stillzulegen.

Aufrufe der kommunistischen Arbeiterpartei und der Arbeiterunion fordern die Arbeiterschaft zur Unterstützung des Streikes, der aus einem gewerkschaftlichen zu einem großen politischen Kampf geworden sei, zum Generalkampf auf. Ebenso wie die Mehrheitssozialisten sind auch der rechte und der linke Flügel der U. S. P. gegen den Generalkampf.

Berlin. — Eine größere Anzahl fremder Arbeiter drang in die Gasanstalt 4 (Danziger Straße) ein und verlangte, daß die Gasanstaltsarbeiter noch einmal über den Ausstand abstimmen sollten. Dem Drängen dieser Leute folgend, wurde auf Verlangen des Betriebsrates diese Abstimmung sofort vorgenommen mit dem Ergebnis, daß der Ausstand erneut abgelehnt wurde. Nach einiger Zeit drangen etwa 1000 Arbeitslose in die Gasanstalt ein, setzten gewaltsam den Betriebsrat ab und verlangten die Einsetzung eines politischen Arbeiter-Betriebsrates, der von den Arbeitslosen sofort gewählt wurde. Daraufhin wurde der Ausstand in der Gasanstalt ausgerufen. Die Staatsbehörden sind in Kenntnis gesetzt worden. (Sie werden jetzt wissen, was sie zu tun haben.)

Berlin. — Ein Zug von tausend Arbeitslosen demonstrierte in den Straßen von Charlottenburg und zog dann, nachdem sich eine große Anzahl von streikenden Straßenbahnern angeschlossen hatten, nach dem Fabrikgrundstück der Maschinenfabrik von Ludwig Löwe in der Hauptstraße. Die Arbeitslosen und die Straßenbahner drangen in die Kraftzentrale ein und forderten die Heizer zum sofortigen Eintritt in den Streik auf. Als diese sich weigerten, wurde von den Arbeitslosen die Feuerung aus den Kesseln der Kraftzentrale hinausgeworfen und dadurch die gesamte Anlage zum Stillstand gebracht. Dadurch sind über 3000 Arbeiter gewaltsam gezwungen worden, ihre Arbeit zu unterbrechen.

Mit der Energie der Regierung scheint es nach folgender Meldung aber doch nicht allzusehr her zu sein:

13. Berlin, 10. Nov. Nachdem sich der Magistrat entschlossen hat, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, hat der Reichsminister für heute die Durchführung der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten beschlossenen Maßregeln ausgeführt.

In einer Unterredung gab der preussische Minister des Innern, Severing, seine Befriedigung über das Ultimatum des Berliner Magistrats an die streikenden Elektrizitätsarbeiter Ausdruck. Es enthebe vorläufig die Reichsregierung wie die preussische Staatsregierung der unangenehmen Aufgabe, in die Selbstverwaltung der Städte durch die Verordnung des Reichspräsidenten einzugreifen.

Die Betriebsräte gegen die Regierung Ebert.

Berlin. — Die Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins erläßt in der „Roten Fahne“ einen Aufruf, in dem die Arbeiterschaft aufgefordert wird, die Elektrizitäts- und Gemeindefunkarbeiter zu unterstützen, falls die „Bourgeoisregierung Ebert“ beabsichtige, einen Reichskommissar als Diktator für Groß-Berlin zu ernennen. Beim ersten Versuche seitens der Staatsgewalt, einzuschreiten, müsse die Arbeiterschaft auf dem Plan erscheinen.

Der Jahrestag der Revolution.

Die Versuche, den 9. November zu einem Nationalfeiertag zu stempeln, sind an dem gesunden Empfinden des deutschen Volkes, namentlich auch der deutschen Arbeiterschaft, gescheitert. Soweit sich der Verlauf des Tages übersehen läßt, zeigte sich überall eine Abkehr von der Gefolgschaft der Phrase. Alle vernünftigen Arbeiter haben vom Reden und Theoretisieren genug. Sie haben auch am Jahrestag der Revolution das, was die einfache Notwendigkeit des Tages erforderte: ihre Arbeit. Fast überall ist der Tag ruhig verlaufen. Selbst aus den bedeutendsten Industriezentren wird gemeldet, daß in den Fabriken wie an Werktagen gearbeitet und nur von einem geringen Teil der Arbeiterschaft der Aufforderung entsprochen wird, die Arbeit ruhen zu lassen. Sogar in allen großen Städten Sachsens, wo die Regierung bekanntlich den 9. Nov. zum gesetzlichen Feiertag erklärt hatte, wurde wie an gewöhnlichen Tagen gearbeitet. Ein Beweis, daß das deutsche Volk allerwärts zur Erkenntnis gekommen ist, daß der 9. Nov. kein Ruhmestag in der Geschichte Deutschlands, sondern im Gegenteil ein Unglückstag war, an den wir nur mit Gefühlen der Scham und der Trauer zurückdenken können.

Vermischte Nachrichten.

13. Kadesheim, 12. Nov. Das Finanzamt teilt uns mit: Nach § 104 der Reichsabgabenordnung

sind für nicht rechtzeitig gezahlte Einkommensteuer Verzugszinsen (5%) zu entrichten. Die Erhebung erfolgt: 1) wenn der fällige Steuerbetrag länger als einen Monat vom Fälligkeitstage ab im Rückstande ist und 2) wenn die Verzugszinsen den Betrag von 5 Mark übersteigen. Die Fälligkeitstage sind im Steueranforderungsschreiben angegeben. Die Bestimmungen über die Verzinsung finden auch auf die vorläufige Steueranforderung Anwendung.

13. Kadesheim, 12. Nov. Das Frankfurter Künstlertheater hat sich mit der Aufführung von „Kehle und Liebe“ verheißungsvoll bei uns eingeführt. Die stilistische Neuerung der einfach und würdig gehaltenen Bühne trieb die Wucht der Dichtung, ihren Ueberchwang, ihre Sentimentalität, alles Hobe, das in ihr glüht, um so bedeutender hervor. Man sah, dank des lebendigen Spiels guter Darsteller, wirklich den Geist des jungen Schiller. Die jugendliche Auffassung der Hauptrollen gab der Aufführung, die den Vergleich mit unseren großstädtischen Bühnen nicht zu scheuen braucht, sogar einen besonderen Reiz.

Der gut besetzte Saal spendete den Darstellern reichen Beifall. Man hätte allerdings erwarten dürfen, daß die Gelegenheit zum Besuch erstklassiger Theateraufführungen von der Bevölkerung als ein Ereignis empfunden worden wäre und zu einem ausverkauften Hause geführt hätte. — Nach dem Befähigungsnachweis, den das Künstlertheater erbracht hat, darf man den weiteren Vorstellungen mit größtem Interesse entgegensehen. Man wird es mit Freude begrüßen, daß der Spielplan — außer der für den 7. Dezember uns zugedachten Hauptmann'schen Liebeskomödie „Der Biberpelz“ — die beiden weiteren Lustspiele „Jan. der Wunderbare“ von Fr. Kauffler und „Das Rärnberg'sche Ei“ von Walter Hasler aufweist. Auch ein altes, volkstümliches „Christgeburtsspiel“ aus dem Jahre 1590 wird im Januar zur Darstellung gelangen. — Es sei darauf hingewiesen, daß bis zu der 2. Aufführung noch Gelegenheit geboten ist, auf die weiteren Vorstellungen zu ermäßigten Preisen zu abonnieren. Näheres durch die Anzeigen.

13. Kadesheim, 12. Nov. Die hiesige Turngemeinde hält nächsten Sonntag das Abturnen in ihrer Halle. Der rührige Verein verfügt über eine stattliche Anzahl recht guter Kräfte, sodas man gemächliche Vorführungen auf allen Gebieten der leistungsfähigen Körperpflege erwarten darf. Nachmittags findet, beginnend mit Frei- und Ordnumübungen, geregeltes Turnen der Jünglinge, der aktiven Turner und der Turnerinnen an allen Geräten statt; abends ist Familienunterhaltung mit Tanz. — Die auf allen Gebieten so ungeheuer gestiegenen Kosten, an denen auch die Turngemeinde bei der Unterhaltung der Halle, Beschaffung der nötigen Geräte und Einrichtungen usw. nicht vorbei kann, bedingt die Erhebung eines kleinen Eintrittsgeldes, um zugleich auch einer von irüber her gewohnten Ueberfüllung vorzubeugen; in früheren Jahren waren ja bekanntlich alle turnerischen Vorführungen freisreit. Die hiesige Einwohnerschaft in ihrem warmen Interesse für alle turnerischen Bestrebungen weiß, zumal bei dem so überaus gesunkenen Geldwert, den jetzigen Verhältnissen gewiß auch Rechnung zu tragen. Kinder haben nur in Begleitung Erwachsener Zutritt. Näheres besagt die Ankündigung im Anzeigenteil un. Blg.

13. Kadesheim, 12. Nov. Am kommenden Sonntag, den 14. ts. Mts., nachmittags 1 und 3 Uhr, findet auf dem Sportplatz das Retourwettbewerb der 1. und 2. Mannschaft des hiesigen Sportvereins gegen die 1. und 2. Mannschaft des Fußball Club, Winkel, statt.

13. Kadesheim, 12. Nov. Mit großem Interesse sieht man dem ersten Vortragsabend des Kaufmännischen Vereins Mittel Rheingau, welcher am Dienstag, 16. November, abends 6 1/2 Uhr, im großen Hörsaal der staatlichen Höheren Lehranstalt in Seifenheim stattfindet, entgegen. Redner des Abends ist Herr Dr. Waldschmidt, Wiesbaden, welcher das sehr interessante Thema: „Die Frauenmode als künstlerisches und soziales Problem“ unter Vorführung einer größeren Anzahl prächtiger Lichtbilder behandeln wird. Herr Dr. Waldschmidt, ein vorzüglicher Redner, hat diesen Vortrag bereits in einer größeren Anzahl deutscher Städte — vor einiger Zeit auch im Kurhaus zu Wiesbaden — mit großem Beifall gehalten. Ueberall zeigte sich ein großer Andrang zu dem Vortrag und ist, nach dem seitherigen Kartenderkauf zu schließen, auch in Seifenheim ein zahlreicher Besuch zu erwarten, zumal die Eintrittspreise außerst niedrig bemessen sind. Mit Rücksicht auf die auswärtigen Besucher ist der Beginn des Vortrages auf 6 1/2 Uhr gelegt worden. Anschlußzüge ab Kadesheim: 602 oder 628 Ortszeit.

Die Ueberwachung des Postverkehrs im besetzten Gebiet.

Nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages ist in den besetzten rheinischen Gebieten die bis dahin von den Besetzungsbehörden ständig ausgeübte allgemeine Ueberwachung des Postverkehrs zwar weggefallen, die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat sich aber im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Jan. 1920 das Recht ausgesprochen, jederzeit die Aushändigung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können. Die Kommission kann jedoch die Postüberwachung jederzeit und an jedem beliebigen Ort des besetzten rheinischen Gebiets ausüben lassen. Nach den bisherigen Wahrnehmungen verfährt sie auch dementsprechend und ordnet auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit bald in diesem, bald in jenem Ort des besetzten Gebiets eine Ueberwachung des Postverkehrs in mehr oder weniger großem Umfang an. Da die Anordnungen über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen gänzlich von dem jeweiligen Belieben der obersten Besetzungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben darüber nicht machen. Es ist aber dringend erwünscht, daß die Absender von Briefen usw. nach Orten in den besetzten rheinischen Gebieten sich dieser Sachlage immer bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere auch den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

Die Silbermünzen.

Das Reichsfinanzministerium erinnert daran, daß die deutschen Silbermünzen nur bis zum 1. Jan. bei den Reichs- und Landesbanken in Zahlung genommen werden.

Der Stand der Mark. Die Mark erlebte einen weiten erheblichen Rückgang. Die Reden auf dem Bankierstag und im Reichstag hatten bereits aller Welt unsere unglückliche wirtschaftliche Lage vor Augen geführt und das Ausland für die Mark schwach gestimmt. Die neuerliche Einigung Englands und Frankreichs in der Wiedergutmachungsfrage dürfte dazu erneut ungünstig auf den Markkurs gewirkt haben.

Koblenz. — Verbot des Karnevals. Nunmehr hat der Oberpräsident der Rheinprovinz die Regierungspräsidenten ersucht, ebenso wie dies im laufenden Jahre geschehen ist, auch im nächsten Jahre Anordnungen zu treffen, um alle karnevalistischen Veranstaltungen in der Öffentlichkeit hintanzuhalten, da sie bei der fortdauernden äußerst bedrückten politischen und wirtschaftlichen Lage geeignet seien, in weitesten Bevölkerungskreisen berechtigten Anstoß zu erregen. Insbesondere sollen jegliche Tanzlustbarkeiten aus Anlaß des Karnevals die weitgehendste Einschränkung erfahren.

Köln. — Am zweiten Jahrestag des Waffenstillstandes, am Donnerstag, soll nach Anordnung der Besetzungsbehörde aller Straßenbahnverkehr im Donnviertel von 12 Uhr mittags an auf zwei Minuten ruhen. Die englischen Truppen erweisen in dieser Zeit militärische Ehrenbezeugungen.

Der Kampf gegen den Schmuggel.

Köln. — Das Schmuggelwesen im Westen hat einen Umfang angenommen, dem offenbar das Reichsfinanzministerium nicht länger mehr zusehen gewillt ist. Auf der einen Seite steht die Verstopfung des Loches im Westen nur auf dem Papier, solange uns die Bestimmungen des Friedensvertrages daran hindern, die Zollbewachung in energischer Form durchzuführen. Zurzeit sind in Koblenz bei der Rheinlandkommission Verhandlungen im Gange, um eine stärkere Bewaffnung der Zollbeamten zu bewirken. Diese Verhandlungen sind auf Veranlassung des Reichsfinanzministeriums durch das Auswärtige Amt zur Widerung des Artikels 162 des Friedensvertrages angeknüpft worden. Besorgenswert ist vor allem, daß sich auch die Gemeinden an den Schießungen beteiligen. Es ist zu erwarten, daß demnächst Veröffentlichungen in diesem Sinn, z. B. über das Verhalten der Stadt Gronau, erfolgen werden. Die Postüberwachung selbst, d. h. die Zensur der Briefe usw., wird vom Reichsfinanzministerium als ziemlich wertlos betrachtet. Man rechnet damit, daß Ende des Jahres diese Postzensur, die angeblich gegen die Kapitalflucht eingerichtet wurde, aufgehoben werden soll. Da die meisten Schmuggler nur zu einem geringen Prozentsatz aus den Grenzgebieten selbst kommen, soll demnächst das System ausgebaut werden, wonach an Verkehrszentralen und Knotenpunkten im Hinterland die schmutzgelverächtigen Personen abgefangen und durchsucht werden, und zwar an der Grenze entlang in einer Ausdehnung von Neube bis Düren, und im Hinterland bis Hannover. Natürlich ist auch vorgesehen, daß an kleinen Nebenstationen, an denen die Schmuggler zur Vermeidung dieser Durchsuchungen aussteigen könnten, strenge Ueberwachungsmaßnahmen vorgenommen werden.

Probeweise wurden solche Durchsuchungen ja bereits u. a. in Köln vorgenommen. Es soll auch eine 300-Meter-Zone an der Grenze eingerichtet werden, die nur mit Ausweis betreten werden darf. Hervorgehoben wird vom Reichsfinanzministerium, daß das Bestechungswesen einen ganz ungeheuerlichen Umfang angenommen hat. Es komme sehr oft vor, daß das Eisenbahnpersonal gegen die Durchsuchungsbeamten

und für das Publikum Stellung nehme. Einzelbeispiele, die vom Reichsfinanzministerium angeführt werden, zeugen von Zuständen, wie sie im besten Fall Schilderungen aus den unwegsamsten Balkangegenden vor dem Kriege entsprechen. Da bei der Ueberweisung von Schmuggelfällen an die ordentlichen Gerichte die Schmuggler ganz geringe Strafen, 3 Mark Geldstrafe bei einem Schmuggelgut von vielen Tausenden, davontragen und bei den Gerichtsverhandlungen selbst die Zollbeamten von den Gerichtsherren noch lächerlich gemacht worden sind, fordert das Reichsfinanzministerium, daß besondere Wuchergerichte eingesetzt werden müßten. Es ist zu erwarten, daß dieser Standpunkt des Reichsfinanzministeriums noch zu erregten Auseinandersetzungen innerhalb des Kabinetts führen wird, besonders angesichts der bei den näheren Amtsstellen des Reichsfinanzministeriums bestehenden Absicht, zur Bekämpfung des Schmuggelwesens eine Flucht an die Öffentlichkeit zu unternehmen.

Frankfurt a. M. — Verlustpolitik des Frankfurter Lebensmittelamtes. Nach den „Frankf. Nachr.“ hat das städtische Lebensmittelamt vor einigen Tagen eine Abrechnung für seinen Status und eine Bilanz geliefert, die ein Defizit von 39 Millionen Mark aufweist. Diese gewaltigen Verluste sind nicht auf allgemeine Kostspieligkeit und Verschwendung zurückzuführen. Sie sind dadurch entstanden, daß im Februar ds. Js., zurzeit des Tiefstandes der deutschen Valuta der Magistrat in der Schweiz große Lebensmittelvorräte kaufen ließ, die dann später zum Teil weit unter dem Schweizer Einkaufspreis in großen Posten wieder verkauft wurden; so betrugen die Verluste an Reis 21 Millionen Mark, an Hülsenfrüchten 8 230 000 Mark und an Zulienne 6 200 000 Mark.

Paris. — Die Havasagentur erklärt, sie sei in der Lage, mitzuteilen, daß keine Herabsetzung der Zahl der von Deutschland angeforderten Milchkuhe erfolgt sei. — Das Wolffsche Telegraphen-Bureau be-

merkt: Der Behauptung, daß sich der deutsche Viehbestand in einer viel bessern Lage befindet als der französische, muß aufs entschiedenste widersprochen werden. Die Versorgung Frankreichs mit Milch ist genügend, während sich Deutschland in einer geradezu furchtbaren Notlage bezüglich der Milchversorgung befindet. Die Forderung auf Ablieferung der Milchkuhe in der angegebenen Höhe würde die Katastrophe des deutschen Kinderlebens vollenden. Sollten die Verbündeten aber wirklich in der Lage sein, einen Nachweis über die Höhe des ihnen weggenommenen Viehs zu erbringen, so wäre es doch viel richtiger, die Viehbestände aus den viehreichen Gegenden der Welt zu entnehmen, als sie aus dem bis aufs äußerste erschöpften deutschen Volk herauspressen zu wollen.

Der Völkerbund. In Genf soll am 15. November die erste Sitzung der Völkerbundversammlung stattfinden. Von ehemals kriegführenden Staaten haben Bulgarien und Oesterreich bereits einen Antrag auf Zulassung und Aufnahme gestellt, hingegen hat sich die deutsche Regierung, wie Minister Simons im Reichstage schon andeutete, noch absteits gehalten, weil sie, mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage, den Augenblick noch nicht für gekommen erachtet.

Geschäftliches.

Prämierung! Anlässlich des Bundestages der deutschen Feisjeure und Perückenmacher in Stuttgart wurde der neuartige elektro-galvanische Apparat „Elga“, ein Spezial-Apparat für das Feisjeurgewerbe, mit der goldenen Medaille ausgezeichnet. „Elga“ wird von der Firma E. Wohlmut & Co. A. G., Furtwangen, hergestellt, welche durch die Firma Heinrich Niedenthal, Frankfurt am Main-Süd, Dannerstr. 2, vertreten ist.

Katholische Kirche zu Rüdeshheim.

25. Sonntag nach Pfingsten.
Evangelium: Von dem Senfkörnlein u. d. Sauerteig.
Matth. 13, 31—35.
6 Uhr Beichtstuhl. 7/8 Uhr heil. Kommunion
7 Uhr Frühmesse. 7/9 Uhr Kindermesse.
7/10 Uhr Hochamt mit Predigt.
2 Uhr nachm. Christenlehre und Andacht zum Troste der armen Seelen.
Die heil. Messen in der Woche sind um 7/8 und 7/9 Uhr.
Montag 6 Uhr hl. Messe in der Schwesternkapelle.
Mittwoch 6 Uhr hl. Messe im St. Josephskloster.
Freitag um 3 Uhr in der Schwesternkapelle die Jahresversammlung des St. Elisabethvereins mit vorhergehender Predigt und Andacht.
Samstag 4 Uhr Beichtstuhl. 7/8 Uhr Salve.

Evangelische Kirche zu Rüdeshheim.

Sonntag, den 14. November
(24 u. Trin.)
Vorm. 7/10 Uhr: Hauptgottesdienst.
Vorm. 7/11 Uhr: Kinder Gottesdienst.
Mittwoch, den 17. November.
(Buß- und Betttag.)
Vorm. 7/10 Uhr: Hauptgottesdienst mit anschließender Vorbereitung und Feier des heil. Abendmahls.

Wegen späten Einganges von Anzeigen usw. mußte der Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung für nächste Nummer unv. Ztg. zurückgelegt werden.
D. Schriftl.

Verantw. Schriftleitung: J. L. Meib, Rüdeshheim.



Turngemeinde Rüdeshheim

Am Sonntag, den 14. November 1920, nachmittags 3 1/2 Uhr beginnend, findet in der Turnhalle unser diesjähriges

Schauturnen

statt, zu welchem wir unsere Mitglieder nebst Angehörigen, sowie Freunde und Gönner der Turnerei höflichst einladen.

Eintrittskarten zum Schauturnen für Mitglieder und deren Angehörige zu 1 Mk., Nichtmitglieder 2 Mk., Kinder haben nur in Begleitung Erwachsener Zutritt.

Abends von 7—10 Uhr
Familien-Feier mit Tanz.
Der Vorstand.

Fertige Herren-Kleidung.

Wester, Raglans und Paletots
M. 200.—, 450.—, 675.—, 900.—, 1300.—
Sacco- und Cutaway-Anzüge
M. 500.—, 800.—, 1200.—, 1500.—, 1800.—
Hosen . . . M. 38.—, 85.—, 150.—, 300.—, 450.—
Topfen . . . M. 65.—, 85.—, 140.—, 300.—, 475.—

Spezialität:

Echte Münchener Loden-Kleidung
für Damen und Herren.

Rucksäcke, Sportstrümpfe, Wickelgamaschen.

Continental-Gummimäntel für Damen und Herren.

Bruno Wandt, Wiesbaden
Kirchgasse 56.

Säcke

jeder Art werden mittels Maschine geflickt bei
August C. Henzler,
Oberstraße 22, Rüdeshheim.

Stadt- u. Landreisende für hiesigen Bezirk verb. monatl.
1201 Handelszeitung, Grabow (M. dt.) 3—5000 M. Offerten unt.

An meinem

Tanzlehr-Kursus

können sich noch einige Damen und Herren beteiligen.

Erste Tanzstunde nächsten Dienstag, abends 8 Uhr, bei Meuer (Rheinstrasse.)

F. Sohns.

Aneiser

mit Lederfuttal verloren.
Gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Heute abend 7 1/2 Uhr verschied infolge Herzlähmung im 55. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Grossmutter, Schwägerin und Tante

Frau Charlotte Rückert
geb Napp.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Peter Jos. Rückert
nebst Kindern.

Rüdeshheim, Rastatt, Idstein i. T., 11. Nov. 1920.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause aus statt.

A. Hoffmann

Spezialarzt f. Lungenkrankheiten u. Tuberkulose

Malnz, Ludwigstr. 12, Tel. 994.

Sprechstundenänderung:

Montag bis Freitag 12—4. Vormittags nur nach Vereinbarung.

Samstags keine Sprechstunde.

Für in Behandlung stehende Patienten findet zweimal wöchentlich in Bingen Sprechstunde statt. Erstmalige Untersuchungen können jedoch nur in Mainz vorgenommen werden.



Verkaufe am morgenden Samstag und den darauf folgenden Tagen jew. von vorm. 8 Uhr an im Gasthaus Altenhofen in Bingerbrück

1 Waggon beste
Holsteiner Ferkel
u. Läufer Schweine

sowie eine Partie
la Schlachtschweine
zu sehr billigen Preisen.

Joh. Storch,
Schweinehandlung
und Versand
Gaulsheim.
Tel. 254.

Die nächste
Mütterberatungs-
stunde

in Rüdeshheim findet
am Dienstag, den 16.
ds. Mts., nachm. 3 Uhr
in der Volksschule statt

Wassersucht,

geschwollene Beine,
Anschwellungen gehen
zurück, Herz wird ruhig
und Magendruck ver-
liert sich, durch einfaches
Mittel. Auskunft kosten-
frei, nur gegen Rück-
marke.

Zollausseher Osburg R. 58
Rühlberg a. Elbe.

Weinschöne

in frischer Füllung ein-
getroffen.

Fischer & Meß,
Rüdeshheim.

Bruch- operation
heilung Berufsstörung

Habenicht, Spezial-Institut

Malnz, Bonifatiusstrasse 2 1/2

jeden Freitag von 9—1 Uhr.

Broschüre, Prospekte gegen Rückporto.

Statt Karten.

Robert Trapp
Elisabeth Trapp
geb. Stengel

— Vermählte. —

Rüdesheim a. Rh., November 1920.

Kaufmännischer Verein Mittel-Rheingau.
Dienstag, den 16. Novbr. 1920, abends 6¹/₂ Uhr,
im grossen Hörsaal der staatl. Lehranstalt
in Gelsenheim

Lichtbilder-Vortrag

des Herrn Dr. Waldschmidt-Wiesbaden
über

„Die Frauenmode als künstlerisches u. soziales Problem.“

Eintrittskarten sind bei den Herren Fischer & Metz in Rüdesheim
erhältlich.

Der Vorstand.

Neues Lichtspieltheater Saalbau Rölz, Rüdesheim.

Am Samstag, den 13. und Sonntag, den 14. Novbr. 1920

gelangt zur Aufführung:

I. „Junges Gemüse“

Puffspiel in 2 Akten.

II. „Abrechnung unter Komplizen“

Ein Abenteuerroman in 5 Akten. In der Hauptrolle Louis Kalph.

Beginn am Samstag pünktlich 7.30 Uhr abends.

Sonntag pünktlich von 3.00 Uhr ab durchlaufendes Programm.

Kinder haben keinen Zutritt.

Der Saal ist gut geheizt.

Um freundlichen Besuch bittet

die Direktion.

Der Paletot

in allen Formen und Farben
für jede Figur passend
in grosser Auswahl am Lager

Mk. 240.— 275.— 350.— 450.—

550.— 600.— 700.— 800.— 950.—

und höher,

für Knaben und Burschen entsprechend billiger.

Heine & Schott
Bingen a. Rh.

**Tapeten, Wachstuche,
Lincrusta, Linoleum,
Fellvorlagen, Cocosmatten**

Grösste Auswahl! * Billigste Preise!

C. Braun & Co., Bingen

Fruchtmarkt (im Starkenburger Hof)
Telefon Nr. 148.



Betten
sind Vertrauensartikel!

Kaufen Sie die bei

Gehr. HAAS Nachf., Bingen

Grosse Auswahl in

Bett-Barchend 80 cm, 130 cm	Mk. 160	Stepp-Decken	Mk. 240, 180
weiss Bett-Damast 80, 130, 160 cm	Mk. 30, 53, 70	Kulten, gr. u. ws	Mk. 68, 48
weiss. Bettuch Leinen 160 cm	Mk. 55	Wollene Jacquard-Decken	Mk. 180, 155
bunt. Bettuch-Bieber 150 cm	Mk. 32	Tisch-Decken in wundervollen Gobelin-Muster	
ungebl. Nessel 160 cm	Mk. 30	Weiss. Jacquard Tisch-Tücher mit Servietten.	
		Weisse abgepasste Jacquard Hand-Tücher.	

Gasthaus zum Anker.

Sonntag, den 14. ds. Mts., von nachm. 3 Uhr ab

große



Tanz-Musik,

wozu freundlichst einladet

Anton Maul.

Eintritt frei.

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Nach einer 29-jährigen Tätigkeit als Geschäftsführer
der Eisenhandlung Brex & Huff, Bingen, habe ich in

— Bingen, Schmittstraße Nr. 49 —
eine

Eisen-Handlung,

Spezialität: Geräte, Apparate und Maschinen
für den Obst- und Weinbau, Haus- und Küchen-
geräte, Oefen und Herde, eröffnet und halte mich
bei Bedarf bestens empfohlen.

F. Zimmer, Bingen am Rhein

Schmittstraße Nr. 49.

Einige guterhaltene

Oefen

zu verkaufen bei
Göttert, Albertstr. 1,
Tel. 20.

Ein gut erhaltenes

Fahrrad

zu verkaufen.
J. Scheffler,
Jakobstraße 6, Rüdesheim.

Guterhaltene

Kopierpresse

zu kaufen gesucht.
Näher. in der Geschäfts-
Stelle ds. Bl.